

Ob alleinerziehende Frauen, Alte, Kranke oder Kinder - Armut trifft die Schwächsten unserer Gesellschaft. Die Angst vor sozialem Abstieg wirkt bis in die Mittelschicht. Selbst Menschen, die täglich einer Arbeit nachgehen, haben am Ende des Monats häufig Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Dabei hat Armut verheerende Folgen: Wer arm ist, hat weniger Lebensqualität. Wer arm ist, wird häufiger krank und stirbt früher.

Besonders im Saarland ist Kinderarmut eines der drängendsten Probleme – mit gravierenden Folgen: Ein Auf- und Heranwachsen in Armut schmälert Lebenschancen. Gerade in den vergangenen Jahren ist die Kinderarmut im Saarland sichtbar angestiegen. Sind 2012 noch 13,3% der Unter-18-Jährigen in Hartz-IV-Familien aufgewachsen, so ist es heute jedes fünfte Kind (2017: 19,6%). Im Regionalverband Saarbrücken wächst mittlerweile jedes dritte Kind in Armut auf.

Die SPD im Saarland sieht in der Armutsbekämpfung eine der zentralen Aufgaben der Landesregierung. Sie moniert, dass die Kinderarmut in der Vergangenheit nicht ausreichend wirksam bekämpft worden ist. Daher wird die SPD eine wirksamere Armutsbekämpfung durch die Landesregierung in den Fokus rücken und von allen Beteiligten eine stärkere Mitarbeit einfordern. Aus Sicht der SPD muss eine effektive und umfassende Bekämpfung von Armut auf allen politischen Ebenen und unter Einbindung aller erfolgen. Diesem Leitgedanken liegen die nachfolgenden Forderungen zu Grunde.

Armut im Saarland bekämpfen – Wir wollen mit gutem Beispiel voran gehen!

1. Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Im gesamten Land mangelt es an bezahlbarem Wohnraum. Besonders im Großraum Saarbrücken herrscht ein großer Bedarf an Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen. Darüber hinaus nimmt die soziale Spaltung nach Stadtteilen in Saarbrücken stark zu, wie eine Studie des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung belegt. Eine neue soziale Wohnraumförderung muss daher die Fehler der Vergangenheit heilen und zwei Ziele verfolgen: Die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum und eine Wohnbaupolitik, die die soziale Durchmischung stärker fördert. Aus diesem Grund wollen wir durch konkrete Investitionszuschüsse finanzielle Anreize schaffen, durch die Kommunen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können – in allen Stadtteilen. Darüber hinaus gilt es die Aktivierung von ungenutztem Wohnraum durch ein effektives Leerstandsmanagement zu erhöhen. Gerade für Menschen, die mit der Grundsicherung auskommen müssen, ist die Situation auf dem Wohnungsmarkt besonders angespannt. Derzeit reichen die Regelsätze bei der Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizkosten (KdU) häufig nicht aus, um eine bezahlbare, adäquate Wohnung zu finden. Dadurch sehen sich Leistungsbezieher häufig gezwungen, die Differenz zu den Mietkosten durch Einschränkungen in anderen Leistungsbereichen aufzufangen. Wir wollen, dass die Kosten der Unterkunft sich an den tatsächlichen Mietpreisen vor Ort orientieren. Das jüngst von der Landesregierung vorgestellte Konzept geht in die richtige Richtung. Leider liegen aber nach wie vor keine validen Daten zu Bedarf und Angebot vor. Der tatsächliche Bedarf muss möglichst schnell abgedeckt werden.

2. Integration jetzt! Für alle in unserem Land.

Mit einem Landesprogramm „Integration jetzt“ wollen wir einen neuen und integrierten konzeptionellen Ansatz in der Kinder- und Jugendpolitik sowie der Bildungspolitik verfolgen. Armut und Migration stellen Hindernisse dar, die dazu führen, dass Kinder nicht in ausreichendem Maße von den Regeleistungen der Jugendhilfe, profitieren können und dadurch nicht gleichberechtigt am Bildungssystem partizipieren können. Deshalb bedarf es einerseits der Aktualisierung der Jugendhilfeplanung von Land und Landkreisen im Hinblick auf von Armutslagen betroffene Kinder- und Jugendliche mit oder ohne Migrationshintergrund. Darüber hinaus ist eine stärkere Verzahnung von Bildungs- und Kinder-/Jugendpolitik (Sozialpolitik) notwendig. Von der Schule wird oft erwartet, Reparaturbetrieb für gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu sein. Soziale Probleme, durch Armut oder Vernachlässigung, wirken sich auf die Schule aus und verhindern, dass Kinder und Jugendliche erfolgreiche Bildungsbiografien durchlaufen. Damit Bildungsgerechtigkeit verwirklicht werden kann, braucht Schule eine veränderte professionelle Ausstattung mit multiprofessionellen Teams. Die Sozialarbeit muss gesetzlich als Regelleistung im Schulrecht und im Jugendhilferecht verankert werden, Jugendmigrationsdienste sollen gestärkt und bürokratische Hürden in der Jugendarbeit sollen abgebaut werden. Darüber hinaus soll der Abbau von Doppelstrukturen in den Hilfesystemen – vor allem an der Schnittstelle zu den Schulen – vorangetrieben werden. Es bedarf einer stärkeren Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. Die Landkreise sollen hierzu mit einer regelmäßigen Sozialberichterstattung wichtige Planungsgrundlagen liefern.

3. Kommunale Projekte stärken!

Die Auswirkungen von Kinder-, Erwerbs- und Altersarmut werden zunächst dort sichtbar, wo die Menschen leben: In unseren Kommunen. Sozialraumorientierte Armutsprojekte in sozial benachteiligten Stadtteilen wollen wir stärker fördern. Diese sollen auf Grundlage regelmäßiger Evaluationen auf ihre Wirkung überprüft werden. Ziel ist es, best-practice-Beispiele zu schaffen, die landesweit ausgebaut werden. Dazu brauchen wir eine engere Vernetzung der kommunalen Akteure. Ein zentrales Problem bleibt die angespannte Finanzsituation unserer Gemeinden, Städte und Landkreise, die kaum noch Spielraum für gezielte Armutspolitik lässt. Wir werden uns deshalb auf Landes- und Bundesebene für die Erhöhung kommunaler Einnahmen zur Finanzierung der Gemeinwesenarbeit einsetzen.

4. Mütter stärken!

Armut ist weiblich: Studien haben den hohen Einfluss der Erwerbstätigkeit der Mutter auf das Armutsrisiko der Kinder nachgewiesen. Angesichts der weit unterdurchschnittlichen Frauenerwerbsquote im Saarland ist darüber hinaus das Armutsrisiko von Frauen im Alter hoch. Kinderbetreuung sichern, heißt Armut verhindern. Mit einem quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung stellen wir sicher, dass junge Mütter wieder eine Chance zum beruflichen Wiedereinstieg finden. Unsere Forderung: Kostenlose Kinderbetreuung von Anfang an. Wir wollen auch die mittelbaren finanziellen Belastungen für Eltern minimieren: Mindestens eine gesunde und warme Mahlzeit am Tag muss für alle Kinder durch ein kostenfreies Mittagessen in Kita oder Schule sichergestellt werden. Im Schulalltag fallen für Eltern häufig weitere Kosten durch unzählige Kleinstbeträge (Kopiergeld, Museumseintritt usw. ein) an. Wir wollen hier unbürokratische Lösungen finden, um die zusätzliche Kostenbelastung der Eltern so weit wie möglich zu senken.

5. Soziale Vereine unterstützen!

Ein Baustein zur Armutsbekämpfung muss mehr gesellschaftliche Teilhabe sein. Gerade das Saarland ist dabei mit seiner hohen Vereinsdichte prädestiniert für ein Modellprojekt. Wir wollen Kindern aus wirtschaftlich schlechter gestellten Familien die Teilnahme am Vereinsleben erleichtern. Dafür soll die Ausschüttung von Saartoto-Geldern stärker an der Förderung der sozialen Teilhabe in den Vereinen orientiert sein. So könnten die Kosten für Vereinsbeiträge und Sportkleidung für Kinder in Armut zumindest in Teilen übernommen werden.

6. Kontakt zum Jobcenter verbessern!

Die Landkreise sind mit den Jobcentern Träger der Leistungen nach dem SGB II. Neben der Leistungsgewährung sind diese ebenfalls für Sanktionen (Strafmaßnahmen) bis hin zur Leistungskürzung zuständig. Dadurch unterliegt das Verhältnis von Jobcentern und Leistungsbeziehern nicht selten einer Kultur des Konflikts, der (zumindest subjektiv empfundenen) Gängelung und des Misstrauens. Wir wollen daher die Praxis des Fallmanagements einer Evaluierung unterziehen und prüfen, an welchen Stellen fachliche Verbesserungen im Sinne einer besseren Förderung möglich sind.

7. Die Lücke zwischen Leistungsberechtigten und Leistungsbeziehern schließen!

In vielen Fällen erschweren Armut und Sprachbarrieren die Inanspruchnahme von Sozialleistungen. Damit greifen häufig jene Menschen nicht auf Regelleistungen zurück, die diese eigentlich am aller nötigsten brauchen. Darüber hinaus ist ein nicht unerheblicher Teil an ausgestellten Bescheiden fehlerhaft. Es sollen daher auf Landkreisebene unabhängige Sozialberatungsstellen ausgewiesen werden, die bei bürokratischen Hürden für die Inanspruchnahme von Leistungen Unterstützung bieten. Darüber hinaus soll auf Landesebene ein Ombudsmann für Sozialberatung benannt werden, der in enger Abstimmung mit den Sozialberatungsstellen und in Zusammenarbeit mit den für den SGB-II-Bezug zuständigen Landkreisen Verbesserungsvorschläge zum Umgang mit Leistungsbeziehern unterbreitet.

8. Flächendeckendes Sozialticket im ÖPNV schaffen!

Mobilität ist eine unentbehrliche Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Allen Menschen Mobilität zu ermöglichen ist daher ein Teil der Daseinsvorsorge. Wir setzen uns für ein flächendeckendes Sozialticket für das Saarland ein, welches die Nutzung aller Verkehrsmittel des ÖPNV umfasst. Der Preis des Tickets soll den Regelbedarfsanteil für Mobilität der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nicht überschreiten.

9. Stromsperrn abwenden!

Mit dem saarländischen Vier-Punkte-Modell zur Vermeidung von Stromsperrn konnten wir auf Grundlage von Vereinbarungen mit den Energieversorgern die Zahl der Stromsperrn rapide senken. Wir wollen weiter daran arbeiten, die Zahl der Stromsperrn zu minimieren.

Armut im Saarland bekämpfen – wir brauchen den Bund!

1. Eine gerechte Steuerpolitik muss am Anfang stehen!

Wir wollen die Armutsentwicklung als sozialökonomisches Phänomen nicht losgelöst von der Reichtumsentwicklung betrachten. Grundlage einer effektiven Armutspolitik ist auch eine Steuerpolitik, die einen klaren Fokus auf die Umverteilung des Reichtums in unserem Land legt. Wir setzen uns daher für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein. Darüber hinaus fordern wir eine Reform der Erbschaftsteuer (5% bis 100.000 Euro, 10% bis zu einer Million Euro, ab einer Million 15%). Steuerbefreiungen für Unternehmenserben lehnen wir ab. Wir stehen für die Einführung einer Vermögenssteuer. Wir sprechen uns weiterhin für die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer aus.

2. SGB-II-Gesetzgebung reformieren!

Es bedarf einer grundlegenden Überarbeitung der SGB-II-Systematik. Das Leistungsrecht muss sich in stärkerem Maße an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren. Die Beratung und Förderung von Langzeitarbeitslosen muss verbessert, der soziale Arbeitsmarkt muss ausgebaut und die Sanktionsmechanismen müssen kritisch überdacht werden. Dazu gehören dauerhaft geförderte Beschäftigungssektoren mit der Einführung des Passiv-Aktiv-Tranfers. Hundertprozentige Leistungskürzungen als Sanktionsinstrument bei jungen Menschen haben sich nicht bewährt und verstärken häufig die Armutsspirale. Deshalb lehnen wir diese klar ab. Wer lange gearbeitet hat, darf nicht durch Arbeitslosigkeit in die Armut abrutschen. Wir setzen uns aus diesem Grund dafür ein, dass die Bezugsdauer von ALG I abhängig von der Beitragszeit erhöht wird. Ebenso wollen wir die Angemessenheitsgrenzen bei Wohneigentum erhöhen. Kurzfristig erachten wir eine Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes für Kinder und Jugendliche als geboten. Hartz IV-Regelsätze für Kinder sollen nicht nur Armut lindern, sondern soziale Teilhabe sicherstellen.

3. Die Rente muss zum Leben reichen!

Nach der Stabilisierung des Rentenniveaus müssen wir das bestehende Rentensystem jetzt leistungsgerecht verändern. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel in der Zielsetzung des Rentensystems: Es geht um die Sicherung des Lebensstandards und den Schutz vor Altersarmut. Das Rentenniveau liegt heute bei 48 Prozent. Wir wollen nicht, dass es weiter absinkt und werden dafür sorgen, dass es sein jetziges Niveau beibehält. Und das Eintrittsalter zur Rente wird nicht weiter steigen! Gleichzeitig werden wir sicherstellen, dass der Beitrag zur Rentenversicherung für die Beschäftigten und Arbeitgeber nicht über 22 Prozent steigt. Das heißt: eine gute, verlässliche Rente ohne die jüngere Generation zu überfordern. Wer jahrelang arbeitet darf später nicht in die Grundsicherung abrutschen. Deshalb fordern wir die zeitnahe Umsetzung einer Grundrente, die sich mindestens 10 Prozent über dem Grundsicherungsbedarf bewegt. Selbstständige, die nicht anders fürs Alter abgesichert sind, werden wir in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung aufnehmen.

4. Ein Mindestlohn der zum Leben reicht!

Wir fordern die Erhöhung des Mindestlohns auf einen Satz, der zum Leben reicht. Der Mindestlohn darf nicht den Weg in die Altersarmut ebnen! Deshalb muss dieser so ausgestaltet sein, dass nach 45 Beitragsjahren ein Rentenanspruch oberhalb der Grundsicherung besteht – das würde heute einen Mindestlohn von 12,63 Euro bedeuten.

5. System der Auskunfteien kritisch überprüfen!

Im privatrechtlich organisierten System von Auskunfteien wie der SCHUFA müssen wir mehr Transparenz im Sinne des Verbraucherschutzes schaffen. Auskunfteien können durch negative Bonitätsbewertungen den Abschluss eines Mietvertrages unmöglich machen und dadurch das Leben armer Menschen noch mehr erschweren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Bewertungssystematik der Auskunfteien offengelegt wird. Auskunfteien sollen dazu verpflichtet werden, die Betroffenen über negative Einträge zu informieren. Damit verbunden müssen auch Regelungen gefunden werden, wie negative Bonitätseinträge vorzeitig gelöscht werden können.

6. Weil jedes Kind gleich viel wert ist – Kindergrundsicherung jetzt!

Der aktuelle Familienlastenausgleich bevorteilt hohe Einkommen durch die Steuerfreibeträge und benachteiligt Familien im ALG II-Bezug durch Anrechnung des Kindergeldes. Es ist nicht gerecht, dass die monatliche Nettoentlastung von Spitzenverdienern durch Kinderfreibeträge häufig weit über dem Kindergeldbetrag liegt, den Normalverdiener erhalten. Deshalb fordern wir kurzfristig die Angleichung des Kindergeldes an den Entlastungseffekt der Steuerfreibeträge. Wir wollen aber ganz grundsätzlich das Leistungsdickicht aus Kindergeld, Sozialgeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag, Ehegattensplitting usw. lichten. Wir setzen uns daher mittelfristig für einen Systemwechsel hin zu einer Kindergrundsicherung in Höhe von 600 EUR je Kind ein. Dieser Satz sollte regelmäßig an die steigenden Lebensunterhaltungskosten angepasst werden.

7. Bildungs- und Teilhabepaket verbessern!

Wir wollen, dass mehr Anspruchsberechtigte, von den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket profitieren können. Wir setzen uns daher für die Erhöhung der Leistungen und den Abbau bürokratischer Hürden ein, damit Anspruchsberechtigte leichter auf Bildungs- und Teilhabeleistungen zugreifen können.